

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit Steffen Knauthe über Mindestlohn, wirtschaftliche Folgen und politische Fehlanreize

Brandenburg, Juli 2025 – Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 14,60 Euro bis 2027 gilt als eines der zentralen sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung. Für viele gilt sie als Meilenstein – für andere als Fehlsteuerung mit weitreichenden Nebenwirkungen. Steffen Knauthe, Unternehmer und wirtschaftspolitischer Sprecher der Freien Wähler Brandenburg, ordnet die Entwicklung kritisch ein. Er spricht nicht über Ideologie, sondern über Zahlen – und über eine wirtschaftliche Realität, die oft zu wenig Beachtung findet.

Mindestlohn als politisches Steuerinstrument

Nach Knauthes Einschätzung ist der Mindestlohn längst kein reines Schutzinstrument mehr. Seit seiner Einführung 2015 bei 8,50 Euro sei er um über 70 % gestiegen – während der Medianlohn in Deutschland im gleichen Zeitraum lediglich rund 10 % zugelegt habe. Dieser Unterschied zeige deutlich, dass der Mindestlohn mittlerweile politisch gesteuert werde und sich von der allgemeinen Lohnentwicklung zunehmend entkopple.

Die massive Erhöhung sei, so Knauthe, vor allem auf sozialdemokratische Wahlstrategien zurückzuführen – mit gravierenden Folgen für das Lohngefüge insgesamt. Wer früher zu den regulär Verdienenden zählte, gelte heute als Geringverdiener. Umgekehrt nähere sich der Mindestlohn dem Fachlohn an – mit entsprechenden Spannungen innerhalb der Belegschaften.

Ein Beispiel aus dem Alltag mache die Entwicklung greifbar: Ein Männerhaarschnitt, der 2015 noch rund 15,50 Euro gekostet habe, liege heute bei über 28 Euro – eine Preissteigerung, die deutlich über der Inflationsrate liegt und zu großen Teilen auf die gestiegenen Lohnkosten zurückzuführen sei. Diese würden vollständig in den Markt weitergereicht, was am Ende auch den Mindestlohnempfänger selbst belaste. Die Preisentwicklung führe also nicht nur zu gefühlten Verlusten, sondern entwerte zugleich die gewünschte Lohnerhöhung.

Betriebswirtschaftliche Realität. Rationalisierung statt Aufschwung

Knauthe warnt vor einem gefährlichen Effekt: Wenn Preise nicht mehr durchsetzbar seien, bleibe vielen Betrieben nur der Weg der Rationalisierung – also der Abbau von Arbeitsplätzen. Gerade im Bereich einfacher Tätigkeiten, in denen keine Automatisierung möglich sei, führe das zu einer schleichenden Verdrängung von Arbeitskräften. Selbst wenn Beschäftigte ihre Stellen behielten, werde die real verfügbare Kaufkraft durch Preissteigerungen wieder aufgezehrt. Zu den Gewinnern der Maßnahme zählten nach Knauthes Analyse vor allem die Sozialkassen und der Staat, die durch höhere Beiträge und Steuermehreinnahmen profitierten.

Besonders problematisch sei die kurzfristige Weitergabe der Kosten über Produktpreise. In vielen Märkten ließen sich 10 %-Erhöhungen kaum umsetzen. Klein- und

mittelständische Unternehmen, bei denen jede Arbeitskraft durchgetaktet sei, müssten reagieren – häufig durch Outsourcing, Stundenkürzung oder Stellenabbau. Die Folge: Mehrbelastung der verbleibenden Mitarbeitenden und ein verschärfter Druck auf die Betriebskultur.

Die wirtschaftspolitische Wirkung sei in vielen Fällen kontraproduktiv. Was als Maßnahme zur Armutsbekämpfung gedacht sei, könne am Ende zur Verdrängung einfacher Beschäftigungsverhältnisse führen – hin zu Mini- oder Midijobs, oder zur völligen Freisetzung. Das vermeintlich gewonnene Mehr an Einkommen werde letztlich von der Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten wieder neutralisiert.

Reformbedarf bei Nebenkosten und Beitragslogik

Knauthe betont, dass besonders die Lohnnebenkosten zur Last geworden seien. Er nennt hier ausdrücklich die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge sowie versteckte Umlagen wie das U1-Verfahren (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Diese Nebenkosten seien mitverantwortlich für steigende Krankenstände und sinkende Belastbarkeit im System. Es sei höchste Zeit, die strukturellen Belastungen zu senken – nicht nur im Interesse der Arbeitgeber, sondern auch zum Schutz der Beschäftigten.

Der wirtschaftspolitische Sprecher sieht außerdem grundsätzlichen Reformbedarf im Sozialstaat. Warum beispielsweise Rentenversicherungsbeiträge für Leistungen gezahlt werden müssten, die gar nicht mehr erbracht würden – etwa an Rentner selbst –, sei schwer vermittelbar. Auch die Vielzahl gesetzlicher Krankenkassen sei aus seiner Sicht überreguliert: 95 Kassen mit identischem Leistungskatalog bedeuteten vor allem doppelte Verwaltung.

Als Appell an die Landespolitik fordert Knauthe eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine klare Entlastung für Betriebe. Zwar könne Brandenburg nicht über Bundessteuern entscheiden, doch es brauche mutige Initiativen für eine ehrliche Entbürokratisierung. Gleichzeitig sei der Begriff „Transformation“ nur dann sinnvoll, wenn klar sei, wohin transformiert werden solle. Wirtschaft dürfe nicht nach politischen Wunschbildern funktionieren, sondern müsse sich am Markt orientieren.

Knauthes Fazit: „Maßnahme mit Nebenwirkungen“

In der Mindestlohnerhöhung sieht Knauthe letztlich keinen Hebel für mehr soziale Gerechtigkeit – sondern eine Maßnahme mit erheblichen Nebenwirkungen: Mehr Bürokratie, mehr Inflation, mehr Konflikte im Betrieb. Und weniger Handlungsspielraum für diejenigen, die Arbeit schaffen – statt nur verwalten.